

Berlin, 11. Oktober 2018

Forschungsprojekt „Die Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands im Nationalsozialismus“

Unter der Projektleitung von Prof. Dr. Samuel Salzborn wird in den kommenden zwei Jahren am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin mit Finanzierung durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) die Geschichte der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD) zwischen 1933 und 1945 untersucht und bisher unveröffentlichtes Quellenmaterial gesichtet und ausgewertet. Dabei ist damit zu rechnen, dass auf Basis bisher unzugänglicher Quellen in erheblichem Maße neue Erkenntnisse über die Rolle der Ärzteschaft im Nationalsozialismus erlangt werden können, etwa was die Formulierung von rassistischen und antisemitischen Kategorien auf pseudowissenschaftlicher Grundlage angeht – oder die Rolle der Kassenärztlichen Vereinigung beim Berufsausschluss jüdischer Kolleginnen und Kollegen.

Die KVD war ein Zusammenschluss der 1932 vom Verband der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund) gebildeten regionalen Kassenärztlichen Vereinigungen, welche die Sicherstellung der ambulanten Versorgung gewährten und die medizinischen Leistungen zwischen Kassenärzten und Krankenkassen abrechneten. Nach der Regierungsübernahme der Nationalsozialisten 1933 stand die KVD unter der Aufsicht des

Reichsarbeitsministers, führte das Reichsarztregister und regelte die Kassenzulassungen, wodurch es möglich war, sowohl politisch oppositionellen als auch jüdischen Kassenärzten die Zulassung zu entziehen. Mit der Entrechtung der größtenteils hoch qualifizierten Mediziner/innen verstieß die KVD nicht nur gegen das ethische Gebot der Kollegialität, sondern gefährdete damit auch die Gewährleistung einer ausreichenden ärztlichen Versorgung der Versicherten.

Das Forschungsprojekt, in dem der Historiker Dr. Ulrich Prehn als Wissenschaftlicher Mitarbeiter arbeitet, beginnt mit einer Grobsichtung des Aktenbestandes und einem Abgleich mit der vorläufigen Verzeichnung und Bewertung durch das Bundesarchiv aus dem Jahr 1975. Zudem werden relevanter Aktenkonvolute nach thematischen Gesichtspunkten ausgewählt, Stichproben erschlossen und die Verzeichnung erprobt.

Nach dem zentralen Arbeitsschritt der Verzeichnung und Auswertung, ggf. unter Hinzuziehung von Archivalien aus anderen Archivbeständen, ist im Dezember 2019 mit einem (Zwischen-) Fazit zu rechnen. Hierbei wird der Quellenwert evaluiert mit Blick auf relevante Forschungsfragen, unter anderem folgende:

- Anteil am „Umbau“ des Krankenversicherungssystems
- (Selbst-)„Gleichschaltung“ in den Jahren 1933ff.
- Organisationsgeschichte und -soziologie: Initiativen „von oben“ und „von unten“ (Korrespondenzen – Vernetzungen – „Vordenkertum“/Expertise – Konflikte, etc.)
- Ausschlüsse / Einschlüsse (jüdische und politisch missliebige Ärzte)
- Zuständigkeiten / Machtzuwachs (Betriebsärzte, Zwangsarbeiter-„Betreuung“, Sterilisations- und „Euthanasie“-Maßnahmen, „Kriegsdienst“ der Ärzteschaft)
- „Berufsethos“/Selbstverständnis und (neue) Aufgaben/Betätigungsfelder in der Diktatur
- Karriereverläufe und Denkmuster: Übergänge in die Bundesrepublik

Die Restlaufzeit des Projektes wird sich der weiteren Verzeichnung und Erstellung eines Abschlussberichts widmen, verbunden mit der Erarbeitung von Vorschlägen für die Präsentation/Aufbereitung relevanter Teile des Bestands für eine breitere Öffentlichkeit (z.B. Online-Ausstellung / kommentierte Dokumenten-Edition) bzw. für bestimmte „Interessengruppen“ (Ärzteausbildung / „Ethik der Medizin“).